

# Griechische Schulden und deutsche Panzer

von Winfried Wolf

Im Januar tönte Außenminister Guido Westerwelle im Interview mit der griechischen Zeitung Kathimerini: "Wir vertrauen voll und ganz darauf, dass die griechische Regierung die strukturellen Schwächen der griechischen Wirtschaft energisch angeht."

Im Februar verwies der stellvertretende griechische Ministerpräsident Theodoros Pangalos auf die Nazi-Verbrechen in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs und unterstrich, dass für Griechenland weiterhin das Thema der deutschen Reparationen an Griechenland offen sei. Darauf gab es eine scharfe Replik aus dem Kanzleramt in Berlin, wonach die Themen griechische Krise und deutsche Reparationen "überhaupt nichts miteinander zu tun haben".

Kurz darauf titelte das Magazin "Focus" mit "Griechenland – Betrüger in der Euro-Familie – bringt uns Griechenland um unser Geld?" Die Titelseite zierte eine Fotomontage, die die griechische Statue der Venus von Milo zeigt, wie sie dem Betrachter einen gestreckten Mittelfinger entgegenhält.

Im April schließlich porträtierte der „Spiegel“ die angeblich typische Athener Familie von Antula und Jannis Papadakis, die sich völlig an die griechische „Fakelaki-Ökonomie“ - die Schmiergeld-Wirtschaft - gewöhnt, aber auch ein Einsehen habe, dass es "so nicht weitergeht". Das letztere stößt auf heftige Zustimmung der deutschen Kanzlerin, die seit Wochen fordert: "Griechenland muss jetzt seine Hausaufgaben machen!"

Vier Monate, vier Themen, vier Erkenntnisse: Griechenland steht *erstens* für Strukturschwächen. Es gibt *zweitens* keinerlei deutsche Schulden gegenüber Griechenland und schon gar nicht darf das Thema Reparationen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise in Griechenland erwähnt werden. Der tatsächlich Angeklagte ist vielmehr - *drittens* – Griechenland, das „unsere“ Einheitswährung gefährdet. Das Land muss daher *viertens* nochmals die Schulbank drücken und hat dabei vor allem zu einer rechtschaffenen, ehrlichen Wirtschaftsweise zu finden.

## **Strukturschwächen**

Ohne Zweifel hat Griechenland Strukturschwächen – so wie jedes einzelne der diffamierend als PIGS genannten Ländergruppe mit Portugal, Italien, Griechenland und Spanien Strukturschwächen hat. Doch es gibt – wie im Fall der strukturellen Schwäche der neuen deutschen Bundesländer - nachvollziehbare Ursachen für diese Strukturschwächen. Und diese sind nur bedingt hausgemacht und überwiegend durch äußere Faktoren bedingt. Die Strukturschwächen der genannten zwei iberischen Länder haben mit dem dort ein halbes Jahrhundert vorherrschenden – von den westlichen Demokratien und von der Nato unterstützten - Faschismus (im Fall Portugals ergänzt um die bis 1973 anhaltende koloniale Geschichte) zu tun. In Italien spielen das historisch bedingte innere Ungleichgewicht zwischen Norden und Süden und die korrumpierenden Mafia-Strukturen im Mezzogiorno und auf Sizilien eine erhebliche Rolle.

In Griechenlands ist die Strukturschwäche wesentlich das Ergebnis einer eineinhalb Jahrhunderte währenden Fremdbestimmung und Fernsteuerung.

Das griechische Königshaus wurde nach Gründung des griechischen Staates 1830 von Deutschland gestellt (in Form des bayerischen Wittelsbacher Königshauses im Zeitraum 1832-1862). Danach – in den Perioden 1862 bis 1924 und 1935 bis 1968 - gab es ein aus Dänemark importiertes Königshaus (Glücksburg), das sich lange Zeit an britischen Interessen orientierte.(1)

Griechenland war wiederholt von ausländischen Truppen besetzt. 1854 bis 1857 okkupierten britische und französische Truppen den Hafen von Piräus, um einen griechischen Angriff auf das osmanische Heer, das weiterhin einen größeren Teil Griechenlands besetzt hielt, zu verhindern.

1915 bis 1918 wurde das Land erneut durch französische und britische Truppen besetzt. 1940 überfielen italienische und danach deutsche faschistische Einheiten das Land. Im Zeitraum 1941 bis 1944 war Griechenland zu einem großen Teil von deutschen Truppen besetzt.

Ende 1944 kam es zu einer britischen Besetzung und später zu einer massiven Präsenz US-amerikanischer Militärs und US-amerikanischer Waffenhilfe.

Der Krieg der westlichen Alliierten gegen das NS-Regime ging in Griechenland in einen Krieg gegen die antifaschistische Partisanenbewegung über. Die stark kommunistisch geprägte Nationale Befreiungsfront (EAM) kontrollierte am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren zeitweilig große Teile des Landes und verfügte über einen Massenanhang. Nach der Einstellung der sowjetischen und der jugoslawisch-titoistischen Waffenhilfe wurde diese Massenbewegung durch eine von den USA hochgerüstete bürgerliche Armee militärisch zerschlagen.(2)

Es folgte eine eineinhalb Jahrzehnte währende Periode mit stark eingeschränkter bürgerlicher Demokratie und einem „Bürgerkrieg von oben“. 1967 errichteten griechische Obristen eine faschistische Diktatur, die bis 1974 andauerte. Es kam zur Internierung und Folterung von Tausenden Gewerkschaftern und Linken. Der Putsch wurde auf Basis eines Nato-Plans ("Prometheus") durchgeführt; das Obristenregime wurde von der CIA unterstützt. Während der Diktatur gab es Nato-Manöver unter Einschluss griechischer und westdeutscher Truppen. In Deutschland wurde die Diktatur vor allem durch die CSU finanziell und politisch unterstützt. CSU-Chef Franz-Josef Strauß rechtfertigte das Terror-Regime auch mit wirtschaftlichen Argumenten und stellte Anfang der 1970er Jahre fest: "Die griechische Drachme ist heute die stabilste Währung der Welt"(3)

### ***Staatsbankrott I und II***

Die strukturelle und personelle Fremdbestimmung wurde ergänzt durch die finanzielle Fremdbestimmung, die einige Parallelen zur aktuellen Situation aufweist. Griechenland war seit der Staatsgründung 1830 in starkem Maß von den wirtschaftlich stärksten europäischen Staaten finanziell abhängig. Sofort nach Erringung der formellen Unabhängigkeit gaben die Briten dem neuen Staat Kredite. Regelmäßig wiederkehrende Aufstände, Revolten, Besetzungen, militärische Abenteuer und die Politik von Großgrundbesitzern, Militärs und Hofclique ließen die Staatsschuld anschwellen und mündeten 1893 in einen *ersten Staatsbankrott*. Die tiefe wirtschaftliche Krise führt zu einem Massenexodus – in den Jahren 1890 bis 1914 emigriert ein Sechstel der griechischen Bevölkerung, bevorzugt nach USA und Ägypten.

Die Bilanz der damaligen Verschuldungsstruktur liest sich weitgehend wie eine Bilanz der aktuellen Struktur griechischer Schulden: „Von den 770 Millionen Goldfranken Kredit, die nötig gewesen waren, um den griechischen Staat am Leben zu erhalten, wurden nur sechs Prozent für Investitionen im Produktionsbereich ausgegeben, während der Rest für Militärausgaben, Militärentschädigungen und zur Deckung des ständigen Budgetdefizits verwendet wurde.“(4)

Eine "Lösung" für den Pleite-Staat Griechenland bestand vor 110 Jahre, vor 90 Jahren und vor 80 Jahren darin, dass dieser gewissermaßen im Auftrag der Gläubiger-Banken in militärische Abenteuer getrieben wurde. 1897 führte Griechenland einen Feldzug gegen das osmanische Reich, der in einer militärischen Katastrophe und in einer internationalen Kontrolle der griechischen Staatsfinanzen endete. 1919 durften griechische Soldaten als Polizisten der Entente gegen die junge russische Revolution in der Ukraine kämpfen. In den Jahren 1920 bis 1922 führte die griechische Armee einen Feldzug gegen die junge bürgerliche türkische Revolution. Dieser endete in der "kleinasiatischen Katastrophe": 1,2 Millionen Griechinnen und Griechen wurden aus Kleinasien, der heutigen Türkei, verjagt.

1932 kam es zum *zweiten Staatsbankrott*. Griechenland erhielt neue Kredite nur noch zu überhöhten Zinsen und unter Bevorzugung britischer Investitionen. Das Modell der überhöhten Zinsen ist auch das Modell vom April 2010. Geändert hat sich lediglich die Gläubigerstruktur:

Heute sind es vor allem französische, schweizerische und deutsche Gläubiger, die die griechischen Auslandsschulden in ihren Büchern haben.(5)

### ***Kriegsverbrechen & Reparationen***

Während der deutschen Besetzung Griechenland begingen SS und Wehrmacht schwerste Kriegsverbrechen. Die Gesamtzahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung wird auf 160.000 geschätzt. Darunter befinden sich 60.000 griechische Jüdinnen und Juden, die deportiert und ermordet wurden. Darüber hinaus starben 300.000 Menschen an Hunger und an Kälte, weil die deutschen Besatzer die Ernten abtransportierten. 1700 Dörfer und 400.000 Häuser wurden zerstört und 1,2 Millionen Griechinnen und Griechen obdachlos.

1946 bezifferten die Siegermächte die Höhe der Reparationsansprüche Griechenlands auf sieben Milliarden US-Dollar. Nach aktuellen Werten sind dies **mehr als 50 Milliarden Euro - noch ohne eine Verzinsung.**

Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurde vereinbart, dass es Reparationsleistungen erst mit einem Friedensvertrag und nach einer deutschen Wiedervereinigung geben könne. 1959 wurde in Griechenland der ehemalige "Kriegsverwaltungsrat" von Thessaloniki, Max Merten, verantwortlich für die Deportation und Ermordung der Juden dieser Stadt, verhaftet und verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt bestand auch eine gewisse Gefahr, dass es zwischen Griechenland und der DDR ein Entschädigungsabkommen geben und damit zu einer de facto Anerkennung der DDR durch Athen kommen könnte. Um das zu verhindern und um Merten freizukaufen, leistete Bonn 1961 115 Millionen DM "Wiedergutmachungszahlung". Athen überstellte Merten in die BRD, wo er vor ein deutsches Gericht gestellt werden sollte, was aber nie erfolgte.

Für die Bonner Regierung war das 1961er Abkommen ein lukratives Geschäft, wenn fortan behauptet werden konnte, das Thema Reparationen sei "vom Tisch." Doch weder der Charakter des Abkommens noch die Höhe der Zahlung rechtfertigen eine solche Interpretation.

Mit der Wiedervereinigung von 1990 und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag gelangte das Thema der Reparationen auf die Tagesordnung. Die jeweiligen griechischen Regierungen und die griechischen Opfer-Verbände meldeten wiederholt ihre diesbezüglichen Forderungen an. Auch die griechische Justiz erkannte diese Forderungen als berechtigt. Doch die deutschen Regierungen unter Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel stellten die Ohren immer auf Durchzug.

Es ist also die deutsche Seite, die beim Thema Reparationen seit sechzig Jahren auf Zeit spielt, um dann zu erklären, die Angelegenheit sei "verjährt".

### ***Mit Betrug nach Euroland?***

Am Beginn des Projekts Einheitswährung gab es seitens der deutschen Bundesregierung zwei widersprüchliche Zielsetzungen: Auf der einen Seite sollte der Raum, für den die gemeinsame Währung gilt, möglichst groß sein. Dadurch gab es auch ein großes Absatzgebiet für deutsche Exporte, wobei es in allen Euro-Ländern nicht mehr die Möglichkeit zur Währungsabwertung geben würde. Auf der anderen Seite sollten die Euroland-Mitgliedsländern zu einer strikten Finanzpolitik – gegebenenfalls auf dem Rücken ihrer Bevölkerungen – gezwungen werden. Daher die "Maastricht-Kriterien", wonach das jährliche Defizit maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die gesamten öffentlichen Schulden maximal 60 Prozent des BIP betragen durften. Tatsächlich wurde gegen beide Kriterien von Anfang an verstoßen – und zwar nicht nur von Griechenland. Beispielsweise lag die öffentliche Schuld Italiens oder Belgiens bereits bei Einführung des Euro bei rund 100 Prozent – ähnlich der griechischen.

Wenn man bei diesem Thema in Berlin und Paris Großzügigkeit walten ließ, dann deshalb, weil dies im Interesse der in Euroland führenden Ökonomien lag

Typisch das Beispiel Griechenland. Gegen die übermächtige Konkurrenz aus Westeuropa hatte

Athen bis 2000 die wirksame Waffe der Abwertung. Allein im Zeitraum 1979 bis 1993 wurde die Drachme um 86 Prozent abgewertet. Die Preise für deutsche Exportgüter verdoppelten sich fast. Seit Einführung des Euro gibt es für Griechenland – und für andere wirtschaftlich schwächere Länder wie Portugal, Spanien, Italien und Irland – dieses Mittel nicht mehr. Die Konkurrenzfähigkeit Griechenlands nahm drastisch ab, zumal Berlin eine Politik zur Senkung der Lohnkosten und zur Forcierung der Exporte betrieb.

Die Euro-Familie ist ein Club mit mächtigen Familienoberhäuptern, die von der relativen Schwäche der übrigen "Familienmitglieder" profitieren. In dieser Familie ist Missbrauch strukturell bedingt.

### ***Hausaufgaben und Rüstungsausgaben***

Bundeskanzlerin Merkel meint mit den "Hausaufgaben", die Griechenland machen müsse, sozialen Kahlschlag: Hochsetzung des Rentenalters, Anhebung der Mehrwertsteuer, Abbau des öffentlichen Sektors. Damit wird mitten in der weltweiten Krise die innergriechische Krise verschärft, das Defizit gesteigert, die Verschuldung erhöht. Seit Frühjahr 2010 beschleunigt sich in Griechenland der BIP-Rückgang. Die Gefahr eines - dann dritten – Staatsbankrotts ist real – auch dann, wenn 40 Milliarden Euro an neuen EU-Krediten fließen, da die Verzinsung dieser neuen Kredite ausgesprochen hoch ist. Athen könnte so erneut einen halbkolonialen Status erhalten, wie es einen solchen in früheren Zeiten gab und wie es diesen bereits in Bosnien-Herzegowina gibt.

Im Rahmen der Debatte um griechische Sparprogramme taucht ein Bereich nicht auf: die griechischen Rüstungsausgaben. Im Gegenteil: Es handelt sich hier um eine alte Form der Abhängigkeit, die durch die neue Krise noch intensiviert werden wird.

In den 1990er Jahren begann eine neue Phase von Hochrüstung der Nato-Mitgliedsstaaten Griechenland und Türkei. Im Zeitraum 1990 bis 2008 kaufte Griechenland Kriegsmaterial im Wert von rund 75 Milliarden Euro. Die Rüstungskäufe Ankaras lagen doppelt so hoch.

Der Konflikt ist real. 1974 besetzten türkische Truppen den Norden Zyperns und blieben dort bis heute als Besatzungsmacht. Regelmäßig donnern türkische Kampfflugzeuge über griechische Inseln vor der türkischen Küste. Die türkische Marine unterhält eine große Zahl von Landebooten, die militär-technisch gesehen nur für eine Invasion griechischer Inseln Sinn machen.

Die Nato, in der beide Länder Mitglieder sind, und die EU, in der Griechenland Mitglied und mit der die Türkei assoziiert ist, unternahmen keine nachhaltigen Maßnahmen, um diesen Konflikt zu beseitigen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Von diesem Konflikt profitieren die wichtigsten Mächte in der EU, vor allem Deutschland und Frankreich.

2009 lag der Anteil der griechischen Rüstungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei 4,3 Prozent. Das ist gut das Doppelte des deutschen Werts. Noch krasser sieht es beim Einkauf neuer Waffen aus. Während die griechische Bevölkerung 0,2 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, liegt der Anteil der griechischen Käufe im weltweiten Rüstungsmarkt beim Zwanzigfachen (bei vier Prozent oder 3,2 Milliarden Euro). Athen erhält den größten Teil seiner Waffen aus Deutschland und Frankreich. Deutschland exportiert vor allem Leopard-Panzer von Krauss-Maffei-Wegmann (KMW) und Kriegsschiffe von Thyssen-Krupp-Marine Systems (TKMS). 2009 schloss TKMS mit Ankara einen Vertrag zur Lizenzherstellung von sechs deutschen U-Booten im Wert von zwei Milliarden Euro. Französische Rüstungskonzerne vereinbarten im gleichen Jahr mit Athen die Lieferung von sechs Kriegsschiffen im Wert von 2,5 Milliarden Euro. Als der deutsche Außenminister Westerwelle Anfang 2010 in Athen auf Staatsbesuch weilte, sprach er sich für einen Athener Großauftrag zum Kauf von Eurofighter-Kampfflugzeugen aus.

Alle aktuellen Sparmaßnahmen der griechischen Regierung bringen 2010 Einsparungen im Wert von 4,8 Milliarden Euro. Allein für den Kauf *neuer* Rüstungsgüter gibt die "sozialistische" Regierung in Athen im laufenden Jahr 2,8 Milliarden Euro aus. Das entspricht bereits knapp 60



Prozent der genannten Einsparungen im sozialen Bereich.

Eine zentrale Rolle im Rüstungsgeschäft spielt der Siemens-Konzern. Die Siemens AG ist der Lieferant der Brennstoffzellen-Technik in den U-Booten der HDW-Werft, die an Athen geliefert werden. Siemens hält auch einen 49 Prozent-Anteil am Panzerbauer KMW. Der "sozialistische" griechische Vize-Verteidigungsminister Panos Beglitis äußerte Anfang März 2010: "Wir werden alle von der früheren Regierung geschlossenen Rüstungsverträge erfüllen." Am 22. März tat sein Chef, der griechische Verteidigungsminister Evangelos Venizelos, kund, man habe jetzt eine "Lösung" in der U-Boot-Frage gefunden. Griechenland werde die in Deutschland bestellten U-Boote im Wert von 2,85 Milliarden Euro abnehmen und bezahlen – und "zwei weitere U-Boote bestellen".

### ***Schmiergeld-Ökonomie***

Womit wir mitten durch die "Fakelaki-Ökonomie" waten. Wenn der "Spiegel" und viele deutsche Medien die in Griechenland nicht unübliche Praxis der Bestechung anprangern, dann läßt sich dazu sagen: gelernt ist gelernt. Ein großer Teil der Geschichte des griechischen Staats ist geprägt von Korruption: die tatsächlich Herrschenden – die Gläubiger-Banken aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die Rüstungsfirmen, die an Griechenland Waffen lieferten, und viele große Unternehmen zahlten jahrzehntelang an Partner in Griechenland gewaltige Schmiergeld-Summen, um noch gewaltigere Gewinne bei Krediten und Großaufträgen zu erzielen.

Das Beispiel Siemens ist hier herausragend; es steht jedoch für die allgemeine Praxis, wie sie sich etwa auch für den MAN-Konzern und dessen Tochter Ferrostahl dokumentieren lässt. 2008 sagte Reinhard Siekazcek, der ehemalige Top-Manager von Siemens und langjährige Chef der schwarzen Kasse des Elektrokonzerns vor einem Münchner Gericht aus. Danach hat allein dieser deutsche Konzern "insgesamt rund 15 Millionen Euro Schmiergeld *pro Jahr* aufgewendet", um in Griechenland Politiker zu kaufen: um Aufträge für Infrastrukturaufträge bei der Olympiade zu ergattern, um die griechische Telefongesellschaft OTE "einzukaufen", um Rüstungseinkäufe der griechischen Armee in Milliarden-Euro-Höhe zu finanzieren. Dabei "investierte" Siemens in den letzten Jahren gezielt in Politiker *beider* großer griechischer Parteien – in Nea Dimokratia und PASOK. Mit einem solch klugen Investment konnten Wahlen aus Sicht der deutschen Industrie keine Überraschungen bringen. Was sich in der aktuellen Krise zu bestätigen scheint.(6)

Die Fakelaki-Wirtschaft funktionierte übrigens auch in entgegengesetzter Richtung. Nach dem Sturz der Junta konnte im Detail dokumentiert werden, dass viele Junta-freundliche Artikel in westdeutschen Zeitungen wie "Welt", "Stuttgarter Nachrichten", "Nürnberger Zeitung" und im ARD-Magazin "Report" mit Schmiergeld bezahlt und Junta-intern korrekt abgerechnet worden – waren.(7).

Leider werden solche Vorgänge aus dem Bereich der Politischen Ökonomie der Korruption meist bestenfalls im Nachhinein dokumentiert. Innerhalb des Siemens-Konzerns gab es allerdings auch eine detaillierte Erfassung der Schmiergeld-Zahlung. Der erwähnte Ex-Siemens-Manager Siekazcek hat dazu genauere Auskünfte gegeben. Allerdings ersucht die deutsche Politik und die deutsche Justiz eine solche Offenlegung zu verhindern – unter anderem, indem sie sich weigert, den früheren Siemens-Landeschef für Griechenland, Michael Christoforakos, vor Gericht zu stellen bzw. diesen – mit einem internationalen Haftbefehl ausgeschobenen - Herrn an die griechische Justiz auszuliefern.

### **Anmerkungen:**

- (1) 1924 – nach der Niederlage im griechisch-türkischen Krieg (siehe unten) - wurde die Monarchie abgeschafft und die Republik gegründet. 1935 wurde die Monarchie als Ergebnis eines Staatsstreichs und einer manipulierten Volksabstimmung wieder eingeführt. 1936 errichtete General Ioannis Metaxas in Absprache mit König Georg II. Eine faschistische Diktatur.
- (2) Die Nationale Befreiungsfront EAM hatte zeitweilig mehr als eine Million Mitglieder. Die Volksbefreiungsarmee ELAS hatte 1944/45 60.000 Männer und Frauen unter Waffen. Die EAM unterstellte sich 1944 der pro-britischen bürgerlichen Exil-Regierung unter Georg Papandreou und billigte den Oberbefehl eines britischen Generals über die Befreiungstreitkräfte. Die Briten forderten alsbald die Entwaffnung und provozierten den Athener Aufstand (Dezember 1944). 1946 begann unter Führung der Kommunistischen Partei der Bürgerkrieg. C. T. Aris: "Entscheidend für die Niederlage war auch der Stopp der jugoslawischen Hilfe durch Tito im Jahr 1948 (als Folge seines Bruchs mit Stalin, denn die griechische KP war Moskau-orientiert). Durch Zwangsevakuierungen, Wehrdörfer, massive (...9 Unterstützung durch die Amerikaner, gelang es der bürgerlichen Armee (200.000 Mann), Herr der Lage zu werden und Zehntausende von Guerilleros über die Grenze zu treiben." C.T. Aris, in: Jean Meynaud, Griechenland – vor und nach dem Putsch, Berlin 1969, S. 119.
- (3) Spiegel 39/1976).
- (4) C.-T. Aris, in: Jean Meynaud, a.a.O., S.116.
- (5) Griechenland war Ende 2009 im Ausland mit rund 303 Milliarden US-Dollar verschuldet. Davon entfielen 75,5 Mrd. Dollar auf französische Banken (= 25 %), 64 Mrd. Dollar auf schweizerische Banken (= 21%) und 43,2 Mrd. Dollar auf deutsche Institute (= 14,3 %). Die Banken dieser drei Länder vereinen sechzig Prozent der griechischen Auslandsschuld auf sich. Auf die US- und britische Banken entfallen weitere 29 Mrd. Dollar oder knapp 10 Prozent.
- (6) Angaben zu den Siemens-Schmiergeldern nach: Süddeutsche Zeitung vom 26.5.2008).
- (7) Die für die entsprechenden Beiträge verantwortlichen Journalisten hatten Geldbeträge erhalten, meist 1000 DM. Es handelte sich um Abrechnungen des Presseattachées der Kgl. Botschaft in Bonn an das Athener Generalsekretariat für Presse und Information. Die Abrechnungen nennen die Namen der bestochenen Journalisten mit den exakten Beträgen und dem Datum der Übergabe. Eine solche exakte Dokumentation der Fakelaki-Ökonomie wird selten öffentlich